

BERUFUNGSSKANDAL IN KASSEL ⁶

oder: wie man sich eines qualifizierten Wissenschaftlers - der Kommunist ist - entledigt

Im Frühjahr 1971: Ausschreibung einer Hochschullehrerstelle im Bereich Germanistik/Linguistik an der neu-zugründenden Gesamthochschule Kassel. Gemäß der gemeinsamen Konzeption des Gründungsbeirats und des Ministeriums sollen im Bereich Germanistik zwei Professorenstellen durch Sprachwissenschaftler, eine durch einen Literaturwissenschaftler besetzt werden.

M.-I. bewirbt sich im Mai 1971. Er wird zu einem Hearing am 5.6. nach Gießen eingeladen.

Von der Berufungskommission wird er einstimmig und mit Abstand an die erste Stelle gesetzt, weil man ihn für "den in fachwissenschaftlicher, hochschuldidaktischer und hochschulpolitischer Hinsicht weitaus qualifiziertesten Bewerber" hält. (so im Begleitschreiben der Berufungskommission zu den Vorschlagslisten an den Minister).

An die Liste ist folgende Bedingung geknüpft: Falls einer der beiden ersten Kandidaten ausfällt, muß die Liste an die Kommission zurückgehen. Auf dem ersten Listenplatz steht M.-I., auf dem zweiten Herr Grünert aus Marburg.

Der Stand der Dinge am 5.8.71: Herr Grünert und 2 (!) Literaturwissenschaftler haben inzwischen einen Ruf erhalten.

Auf die Anfrage der Berufungskommission, was mit der Berufung von M.I. sei, bekommt man die Antwort: erstens: Der Herr Minister wolle vor dem Urlaub noch nicht so recht dran. Es wäre aber möglich, daß er sich nach dem Urlaub noch einmal damit beschäftige.

zweitens: Die Kommission habe M.-I. für eine H 4-Stelle vorgeschlagen. M.-I. sei aber bisher nur wissenschaftlicher Assistent gewesen, es sei unmöglich, ihm sofort eine H 4-Stelle zu geben.

drittens: M.-I. sei für die Lehrerausbildung nicht qualifiziert. Von den Vertretern des Gründungsbeirates wird vergeblich nach Argumenten hinsichtlich der angeblich mangelnden Qualifikation von M.-I. gefragt: Folgende Resolution wird mit 10 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen angenommen: (Auszug)

Der Gründungsbeirat sieht keinen Anlaß, an dem wissenschaftlich begründeten Urteil der Berufungskommission über die fachliche und didaktische Qualifikation von Herrn Meyer-Ingwersen zu zweifeln. Daher mißbilligt der GER die Verzögerung im Berufungsverfahren Meyer-Ingwersen. Er fordert den Minister auf, unverzüglich über die Berufung von Herrn M.-I. im Interesse des Aufbaus der sprachwissenschaftlichen Abteilung innerhalb des Fachbereichs Germanistik/Anglistik zu entscheiden." Am 20.9.71 geht folgender Brief von M.-I. an Kultusminister Friedeburg: (Auszug)

Da ich auch nach der Auskunft von Herrn Wuthenow (Kommissionsvorsitzender - die Hrsg.) von Seiten des Ministeriums keine weitere Nachricht mehr erhalten habe, habe ich mir in der letzten Woche schließlich erlaubt, zunächst schriftlich, dann telefonisch Herrn Abels um Aufklärung zu bitten. Er sagte mir daraufhin, die Entscheidung der Kommission liege zwar vor. Es gäbe aber aus der Sicht des Ministeriums Schwierigkeiten. Ich sei damals von der Kommission für eine H 4-Stelle vorgeschlagen worden, womit sie aber nicht einverstanden seien. Auf meinen Einwand hin, daß das ja wohl kaum eine wesentliche Berufungshindernis sein könne, da sie natürlich nicht an den H 4-Vorschlag gebunden seien, meinte Herr Abels sinngemäß:

"Und dann ist da ja noch das Politische. Davon haben wir zwar zuerst keine Kenntnis gehabt, aber jetzt müssen wir es ja doch wohl mit berücksichtigen." Nun kann nach der Lage der Dinge mit der etwas vagen Formel "das Politische" kaum etwas anderes gemeint sein, als meine Mitgliedschaft in der DKP. Damit würde mein Fall an die Seite des Falles Thape/Holzer in Bremen rücken. Das Schweigen des Ministeriums wäre dann als bewußtes Hinauszögern zu deuten. Ich muß sagen, daß mich eine solche Wendung der Dinge trotz allem einigermaßen erstaunen würde ... Ich weiß zwar, daß die Führung der SPD uns Kommunisten nicht besonders freundlich gegenübersteht. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß der Verfassungsbruch von Herrn Thape in Hessen kopiert werden sollte. Er scheint mir politisch so unsinnig und im Sinne unserer verfassungsmäßigen Ordnung so unverantwortlich, daß ich ihn immer noch als Einzelfall betrachten möchte."

Keine Antwort = bis heute!

Danach: die Kommission protestiert erneut gegenüber dem Minister und in der Presse. Daraufhin bequemt sich der Minister schließlich am 23.11.

zu einem schriftlichen Ablehnungsbescheid an die Kommission, in dem er zugesteht:

"Ich teile durchaus die Überzeugung, daß es sich bei Herrn Meyer-Ingwersen um einen im Bereich der Orientalistik und allgemein der Binnenlinguistik qualifizierten Wissenschaftler handelt. Auch zweifle ich nicht daran, daß der germanistischen Linguistik durch die Ausweitung des Blickwinkels auf die Konstitution anderer Sprachen wertvolle Innovation zuteil werden könnte."

Wie der Minister zu seinem Urteil über die orientalistische Qualifikation gekommen ist, bleibt unerfindlich, da sie überhaupt nicht Gegenstand des Berufungsverfahrens war. Abschließend bemerkt der Minister noch:

"In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß für meine Auswahl beamtenrechtliche Erwägungen - wie Sie ja bereits auf Grund unsres Gespräches wissen - bedeutungslos gewesen sind."

Hier ist Herrn Friedeburg zuzustimmen: Es ging bei der Ablehnung nicht um beamtenrechtliche, sondern um politische Erwägungen.

Eine interessante Gegenüberstellung

FR 24.10.71

17.9.71

Telefongespräch Meyer-Ingwersen/
Abels (Ministerialrat im KM von
Hessen)
(Aus dem Gedächtnisprotokoll:)

Abels: Ja - und dann ist da ja auch noch das Politische. Davon haben wir ja zuerst nichts gewußt, aber jetzt muß es ja mit berücksichtigt werden. Und das macht der Minister. Da müssen Sie schon mit dem sprechen. ...

Unwillen erregte vor allem die Berufungspraxis. Hier geriet Friedeburg unter Dreiecksbeschuß. Während die Union wieder einmal die Errichtung einer „marxistischen Kadenschmiede“ befürchtete und der Kasseler Gründungsbeirat in dem generellen Mangel an berufenen Hochschullehrern (bislang 28) eine „ernsthafte Gefährdung des ordnungsgemäßen Lehrstudiums“ erblickte, wurde dem Wiesbadener Kultusministerium von links angelastet, im sozialwissenschaftlichen Bereich offensichtlich aus Furcht vor „Bremer Verhältnissen“ unbequeme, weil politisch exponierte Wissenschaftler, insbesondere aus der Marburger Abendroth-Schule, übergangen zu haben. Das ist wohl auch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Friedeburg aber hält diese Behauptungen für unbegründet und beharrt darauf, bei allen Berufungen nicht unter politischen Motiven, sondern rein nach Qualitätsgesichtspunkten entschieden zu haben. Diese Voraussetzung sei selbst im Falle des von der Berufungskommission für den Bereich Germanistik „einstimmig und mit Abstand als qualifiziertester Bewerber“ vorgeschlagenen Kieler Sprachwissenschaftlers Meyer-Ingwersen nicht erfüllt gewesen. Erst Wochen nach seiner Ablehnung will Friedeburg von der DKP-„Vorbelastung“ dieses Kandidaten erfahren haben.

DIE BERUFUNGSKOMMISSION FRAGT NACH

8

An den Herrn Kultusminister
des Landes Hessen

Betr.: Berufung von Herrn Dr. Meyer-Ingwersen nach Kassel

Als Vorsitzender der Berufungskommission Germanistik/Anglistik für die Gesamthochschule Kassel möchte ich mein Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß die Berufung von Herrn Meyer-Ingwersen heute immer noch nicht erfolgt ist. Demgegenüber erfuhren wir mehr oder weniger zufällig:

- a) aus der Presse, daß Herr Grünert inzwischen berufen worden ist
- b) nach mehrmaligen Anrufen im Ministerium von Herrn Abels, daß als weitere Germanisten die Herren Anderegg und Hienger berufen wurden.

Falls das den Tatsachen entspricht, so ist dazu folgendes festzustellen:

- 1) Die Kommission hat Herrn Meyer-Ingwersen einstimmig und mit Abstand auf die erste Stelle der Liste für Sprachwissenschaft im Bereich Germanistik gesetzt. Die Kommission hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie diese Platzierung in Hinsicht auf die Notwendigkeit der Lehrerbildung vorgenommen hat (siehe die Erläuterungen der Kommission zu den einzelnen Listenplätzen). Insofern ist es völlig unverständlich, wieso die Berufung von Herrn Meyer-Ingwersen bisher nicht ausgesprochen wurde.
- 2) In Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Ministeriums wie auch des Gründungsbeirates hat die Kommission für den Anfang der Arbeit in Kassel das Schwergewicht auf Sprachwissenschaft/Sprachdidaktik gelegt. Nun sind aber die angeblich schon berufenen Herren Anderegg und Hienger beide Literaturwissenschaftler. Es erscheint als ausgesprochen befremdlich, daß das Ministerium die wissenschaftlich begründete und allseits angenommene Konzeption durch einen administrativen Akt geändert haben sollte, ohne auch nur mit der Kommission Rücksprache zu nehmen.
- 3) In übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die Kommission wegen des Abstandes zwischen den beiden ersten Kandidaten zu den weiteren sinngemäß folgende Bedingung an die Liste Sprachwissenschaft/Germanistik geknüpft hat:

Falls einer der beiden ersten Kandidaten ausfallen sollte, müßte die Liste an die Kommission zurückgegeben werden.

Als wir erfuhren, daß Sie Herrn Grünert berufen haben, mußten wir annehmen, daß Sie auch schon die Berufung Meyer-Ingwersen positiv entschieden haben. Von dieser Auffassung gehen wir auch weiterhin aus.

Aus einem Telefongespräch mit Herrn Abels vom 5.8. mußten wir nun einen ganz anderen Eindruck gewinnen. Danach sieht es so aus, als ob das Ministerium nicht die Absicht hat, Herrn Meyer-Ingwersen nach Kassel zu berufen. Als Begründungen wurden von Herrn Abels genannt:

- a) Herr Meyer-Ingwersen sei für die Lehrerausbildung wohl doch nicht so geeignet,
- b) Herr Meyer-Ingwersen könne zur Zeit noch nicht auf eine H4-Stelle berufen werden, da er noch wissenschaftlicher Assistent sei. Die Kommission habe ihn aber für eine H4-Stelle vorgeschlagen. Also könne er nicht berufen werden.

Zum letzteren muß gesagt werden, daß das doch wohl kein ernsthaftes Hindernis für eine Berufung sein kann. Im übrigen hat die Kommission beantragt, die für Herrn Meyer-Ingwersen vorgesehene H4-Stelle übergangsweise nach H3 zu besetzen.

Zum ersteren muß im Interesse aller Kommissionsmitglieder festgestellt werden, daß eine solche Argumentation aus dem Ministerium einer wissenschaftlichen Desavouierung aller beteiligten Kollegen gleichkäme. Die Kommission hat die Berufung von Herrn Meyer-Ingwersen aus fachwissenschaftlichen wie aus fachdidaktischen Gründen - einstimmig für unbedingt erforderlich erachtet. Es ist uns unvorstellbar, daß dieses umfangreich begründete Urteil vom Ministerium einfach disqualifiziert wird. In der Kommission arbeiten ausschließlich mit der Lehrerbildung betraute Kollegen.

Falls der Eindruck, den wir aus dem Telefongespräch vom 5.8. gewonnen haben, den Tatsachen entspricht und es so ist, daß das Ministerium zur Zeit zögert, ob es Herrn Meyer-Ingwersen berufen will, so können die bislang vorgebrachten Gründe doch wohl nur vorgeschobene sein und können vom Ministerium nicht ernsthaft aufrecht erhalten werden. Das verbietet schon das berufliche Interesse der an der Auswahl beteiligten Wissenschaftler.

Die Verzögerung der Berufung kann also offenbar nur durch andere Gründe erklärt werden, die das Ministerium aber zur Zeit nicht offenlegen will. Angesichts des Falles Thape/Holzer in Bremen müssen wir vermuten, daß die Verzögerungsgründe bei Herrn Meyer-Ingwersen in seiner DKP-Mitgliedschaft liegen. Wir fordern deshalb eine bindende Erklärung Ihrerseits darüber,

ob im Lande Hessen die Mitgliedschaft bzw. Tätigkeit in der DKP vom Kultusministerium als Hinderungsgrund für die Berufung auf eine beamtete Hochschullehrerstelle behandelt wird.

Wir bitten umgehend die durch die Verzögerung der Berufung aufgeworfener Fragen zu klären.

(gez. Wuthenow)

DIE BERUFUNGSKOMMISSION PROTESTIERT:

PRESSEERKLÄRUNG DER BERUFUNGSKOMMISSION

Angesichts der Diffamierungskampagne, die gegen die fachliche Kompetenz der Berufungskommission Anglistik/Germanistik und gleichzeitig gegen die wissenschaftliche Qualifikation von Herrn Dr. Meyer-Ingwersen, damit auch gegen das umfangreich begründete wissenschaftliche Gutachten der Berufungskommission vom 5.6.71 inzwischen geführt worden ist, sieht die Berufungskommission sich gezwungen, dem Kultusministerium wie auch der Öffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß sie eindeutig an der Entscheidung über die wissenschaftliche Befähigung von Herrn Dr. Meyer-Ingwersen festhält. Die Berufungskommission erwartet nach wiederholten, seit Monaten laufenden unbeantworteten Anfragen nunmehr eine öffentliche Stellungnahme.

Sollten parteipolitische Gründe dazu geführt haben, daß Herr Dr. Meyer-Ingwersen nicht berufen wird, so erklärt die Berufungskommission fest: Parteipolitische Begründungen dürfen bei einem solchen Berufungsverfahren keine Rolle spielen.

Sie wehrt sich gegen eine Verfahrensweise des Ministeriums, aus der ersichtlich werden könnte, daß dieses selbst oder irgendeine andere Behörde sich an die Stelle des Bundesverfassungsgerichts zu setzen gedenkt. Eine solche Praxis stellt einen klaren Verfassungsbruch dar und würde eine politische Entwicklung einleiten, wie sie zur Zeit in äußerst reaktionären Kreisen angestrebt wird. Aufgrund dieser Erwägungen und angesichts der chaotischen Situation im Fachbereich Anglistik/Germanistik der Gesamthochschule Kassel, durch die eine sinnvolle Organisation der Lehrerausbildung unmöglich gemacht wird, fordert die Berufungskommission der Herrn Minister auf, Herrn Dr. Meyer-Ingwersen umgehend zu berufen.

OLDENBURG

Ende 1971 bewirbt sich Dr. Meyer-Ingwersen um eine H4-Stelle für Germanistik/Linguistik an der im Gründungsprozess befindlichen Universität Oldenburg. Aufgrund seiner Bewerbungsunterlagen und eines Hearings wird er als einziger Kandidat vorgeschlagen (April 1972). Die Universität fordert ihn außerdem auf, als Mitglied der Studiengangs-Planungskommission "Kommunikation und Ästhetik" am Aufbau mitzuarbeiten, was er seitdem tut.

Unter den Berufungsvorschlägen der Universität Oldenburg befindet sich außer Dr. Meyer-Ingwersen ein weiterer Kommunist: der Soziologe Prof. Horst HOLZER. Diese "Ballung" versetzt die niedersächsische CDU in helle Aufregung. Sie kündigt eine Anfrage im Landtag an. Kultusminister von OERTZEN tut demgegenüber zunächst so, als ob es Berufsverbote unter ihm nicht geben werde. Dies Verhalten hat eine wichtige Funktion: es wirkt beruhigend auf die am Gründungsprozess Beteiligten. Denn unter ihnen befinden sich viele linke Sozialdemokraten, die zu von Oertzen großes Vertrauen haben - so u.a. der Vorsitzende des Gründungsausschusses RIESCHE, der früher bei von Oertzen Assistent war.

FALSCH REAGIERT

Daher reagiert der Gründungsausschuß auch falsch, als von Oertzen im Juni 1972 die Einerliste im Fall Meyer-Ingwersen "aus formalen Gründen" zurückgibt. Statt sich an die Öffentlichkeit zu wenden, "ergänzt" der GA die Einerliste, indem er einfach die Zweierliste für einen H4-Lehrstuhl

Anglistik/Linguistik auf die Plätze 2 und 3 kopiert. Als Begründung für dieses Verhalten heißt es intern: "Wir müssen den Minister gegenüber der CDU absichern. Wenn er Meyer-Ingwersen von einer Einerliste beruft, kann die CDU ihn schon aus formalen Gründen angreifen." Man glaubt dabei aufgrund privater Äußerungen des Ministers ganz sicher zu sein, daß Meyer-Ingwersen berufen wird.

AUF VERBOT EINGESTIMMT

Wenig später ist zu hören, der Minister werde doch wohl nur einen der beiden Kommunisten durchsetzen können. Dabei sei wahrscheinlich, daß er in diesem Falle nicht Prof. HOLZER berufen werde. Durch diese Andeutungen werden die Sozialdemokraten an der Oldenburger Uni darauf vorbereitet, daß es wohl ohne ein Berufsverbot nicht abgehen wird. Zugleich entsteht die Stimmung: "Besser einen durchkriegen, als gar nichts." Kommunisten warnen vor dieser opportunistischen Haltung, können sie aber nicht durchbrechen.

GLEICH ZWEI BERUFSVERBOTE

Der Minister schiebt unterdessen die Entscheidung immer weiter hinaus. Erst Ende Juli/Anfang August - also in den Sommerferien - ändert sich das. Zunächst wird Prof. HOLZER abgelehnt. Die Universität Oldenburg protestiert, aber im ganzen bleibt es ruhig. Daraufhin erfolgt eine Woche später die Ablehnung von Dr. Meyer-Ingwersen. Der Minister ist inzwischen im Urlaub und unerreichbar.